

Informationen zum Datenschutz im Rahmen der elektronischen Wohnsitzanmeldung (eWA) gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Nachfolgend finden Sie die Datenschutzhinweise zur Nutzung der elektronischen Wohnsitzanmeldung (eWA).

Die Elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA) ist ein länderübergreifendes Digitalisierungsprojekt der Senatskanzlei Hamburg, das im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) nach dem „Einer-für-Alle-Prinzip“ (EFA) umgesetzt wird. Der Online-Dienst ermöglicht die digitale Anmeldung nach einem Umzug und stellt damit eine bequeme Alternative zur Wohnsitzanmeldung vor Ort dar. Das Angebot digitalisiert den gesamten Anmeldeprozess, von der Änderung der Adressdaten im Melderegister bis hin zur Aktualisierung des Personalausweises, sowie des Reisepasses.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Einverständniserklärung (Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a DSGVO) zur Bearbeitung der elektronischen Wohnsitzanmeldung (eWA) erfasst und verarbeitet.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-0
E-Mail: [stadtverwaltung\(at\)idar-oberstein.de](mailto:stadtverwaltung(at)idar-oberstein.de)

2. Datenschutzbeauftragte/r (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Datenschutz
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-1121
E-Mail: [datenschutz\(at\)idar-oberstein.de](mailto:datenschutz(at)idar-oberstein.de)

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c. DSGVO)

Ihre Daten werden auf Grundlage Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. a DSGVO zur Nutzung der elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA) verarbeitet. Ihre Daten werden ausschließlich für die Bearbeitung Ihres Anliegens verwendet.

Der Online-Dienst ruft Ihre aktuellen Meldedaten ab, übermittelt Ihre neue Anschrift an die Zuzugsmeldebehörde, stellt Ihnen eine fälschungssichere digitale Meldebestätigung zur Verfügung, ermöglicht die Adressumschreibung auf dem Chip Ihres Ausweisdokumentes und veranlasst die Versendung eines Adressaufklebers für Ihre Ausweisdokumente.

Die Sicherheit der Elektronischen Wohnsitzanmeldung hat höchste Priorität. Diese wird durch die Authentifizierung der Nutzerinnen und Nutzer per Online-Ausweisfunktion des Personalausweises oder der eID-Karte sichergestellt.

Für die Nutzung der Antragsplattform muss ein Nutzerkonto zur Identifizierung und Authentifizierung verwendet werden. Dabei werden die, in Ihrem Konto hinterlegten, Daten verarbeitet.

- Das Nutzerkonto „bundID“ für Privatpersonen wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat zur Verfügung gestellt. Näheres entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung des Bundesministeriums unter <https://id.bund.de/de/datasecurity> .
- Des Weiteren stehen - bis zur Integration in die BundID - Servicekonten für Privatpersonen, sogenannte Länderkonto, zur Verfügung. Diese finden Sie für Bayern, Bremen, Gemeinsam Online, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Näheres entnehmen Sie bitte den entsprechenden Datenschutzerklärungen des jeweiligen Länderkontos.

Um diesen Online-Dienst sicher zu gestalten, wird eine Zwei-Faktor Authentifizierung über die Online-Ausweisfunktion Ihres Personalausweises bzw. Ihrer eID-Karte genutzt. Mit dieser Maßnahme wird sichergestellt, dass nur Sie selbst in der Lage sind, unseren Dienst zu nutzen und auf Ihre personenbezogenen Daten zuzugreifen. Dabei wird auch Ihre IP-Adresse verarbeitet.

Wir verarbeiten Daten über die Antragsplattform auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 e), a) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO; Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt; Einwilligung) i.V.m. mit § 2 des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz, §§ 1, 2 Abs. 3, 8 Online-Zugangsgesetz (OZG), §§ 23a, 24 Bundesmeldegesetz (BMG), §§ 4, 9, 10 Bundesmeldedatendigitalisierungsverordnung (BMeldDigiV) i.V.m. dem Landesgesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetz RLP (AGBMG) vom 21.10.20215 und der Meldedatenlandesverordnung Rheinland-Pfalz (MDLVO) vom 13.03.2018 sowie in Verbindung mit §§ 18 Abs. 6, 20a Personalausweisgesetz (PAuswG), §§ 12 Abs. 4, 14a Abs. 1 eID-Gesetz (eID-G), §§ 1 Abs. 3, 18 Abs. 4, Anlage 1c Passverordnung (PassV), §§ 2 Nr. 2f, 5 Abs. 6, 19, Anhang 1b Personalausweisverordnung (PAuswV).

Folgende Daten werden nach Kategorie verarbeitet:

Wir verarbeiten immer folgende personenbezogenen Daten bei der Anmeldung einer einzelnen Person (im Folgenden: berechnigte Person):

Von der berechnigten Person:

- Familienname/Ehename/Lebenspartnerschaftsname
- ggf. Geburtsname
- Vorname(n) /gebräuchlicher Vorname
- ggf. Künstlername / Ordensname
- Doktorgrad
- Geburtsdatum
- Geburtsort, -land
- Geschlecht
- Steueridentifikationsnummer
- Staatsangehörigkeit(en)
- Religionszugehörigkeit
- Bisherige Anschrift
- Weitere Anschrift(en)
- Einzugsdatum

- Familienstand, bei Verheirateten oder Lebenspartnern zusätzlich Datum und Ort der Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft sowie bei Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft im Ausland auch den Staat
- Informationen zu Ausweisdokumenten
- Auskunfts-/Übermittlungssperren
- AZR-Nummer
- E-Mail-Adresse
- Neue Anschrift

Ist die berechtigte Person verheiratet oder verpartnert, verarbeiten wir immer die folgenden Daten von dem/der Ehegatten oder Lebenspartner:in :

- Familienname/Ehename/Lebenspartnerschaftsname
- ggf. Geburtsname
- Vornamen
- Doktorgrad
- Geburtsdatum
- Geschlecht
- Bisherige Anschrift

Sind zur berechtigten Person oder dem zugehörigen Ehe-/Lebenspartner minderjährige Kinder gemeldet, dann die folgenden Daten der Kinder:

- Familienname
- Vornamen
- Geburtsdatum
- Geschlecht
- Bisherige Anschrift

Wir verarbeiten neben den persönlichen Identifikations- und Kontaktangaben personenbezogene Daten aus besonderen Kategorien gemäß Art. 9 DSGVO (Religionszugehörigkeit sowie den Familienstand in einer Ehe oder Lebenspartnerschaft der antragstellenden Person) sowie von Personengruppen mit erhöhten Schutzbedarf (Daten von minderjährigen Kindern).

Außerdem verarbeiten wir die folgenden Daten von Wohnungsgebenden:

- Familienname
- Vorname
- Anschrift

und Daten von Eigentümer:innen (wenn diese nicht Wohnungsgebende sind):

- Familienname
- Vorname

Wenn die berechtigte Person beigeschriebene Familienmitglieder (Ehegatten/Lebenspartner:in und diesen oder der berechtigten Person beigeschriebene minderjährige Kinder) über diesen Online-Dienst anmelden will, verarbeiten wir weitere Daten:

Von beigeschriebenem Ehegatten/Lebenspartner:in:

- Vorname(n) /gebräuchlicher Vorname
- ggf. Künstlername / Ordensname
- Geburtsort, -land
- Staatsangehörigkeit(en)
- Religionszugehörigkeit
- Weitere Anschrift(en)
- Einzugsdatum

- Familienstand, bei Verheirateten oder Lebenspartnern zusätzlich Datum und Ort der Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft sowie bei Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft im Ausland auch den Staat
- Informationen zu Ausweisdokumenten
- Auskunfts-/Übermittlungssperren
- AZR-Nummer
- E-Mail-Adresse
- Neue Anschrift

Von minderjährigen Kindern, wenn diese der berechtigten Person und/oder deren Ehegatte/Lebenspartner:in beigeschrieben sind:

- Vorname(n) /gebräuchlicher Vorname
- ggf. Künstlername / Ordensname
- Geburtsort, -land
- Staatsangehörigkeit(en)
- Religionszugehörigkeit
- Weitere Anschrift(en)
- Einzugsdatum
- Familienstand, bei Verheirateten oder Lebenspartnern zusätzlich Datum und Ort der Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft sowie bei Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft im Ausland auch den Staat
- Informationen zu Ausweisdokumenten
- Auskunfts-/Übermittlungssperren
- AZR-Nummer
- E-Mail-Adresse
- Neue Anschrift

Der Dienst fragt außerdem ab, ob die berechtigte Person einen gesetzlichen Vertreter hat, ob Auskunftssperren oder Sperrvermerke vorliegen. Ist eines davon der Fall, bricht der Dienst ab und die Anmeldung muss auf dem Amt erfolgen.

In dem Online-Dienst werden personenbezogene Daten erhoben, für die Dauer der Anwendung zwischengespeichert und an die für das Verwaltungsverfahren zuständige Behörde weitergeleitet. Nach Eingabe aller Daten und dem Hochladen der Wohnungsgeberbestätigung ist der erste Teil des Online-Dienstes beendet. Nach der Prüfung durch die Meldebehörde erhalten Sie eine Nachricht an die in Ihrem Nutzerkonto hinterlegte E-Mail-Adresse (in Ausnahmefällen als Brief an Ihre neue Wohnanschrift). Sie werden aufgefordert, sich erneut im Online-Dienst anzumelden. Dann erhalten Sie eine elektronische Meldebestätigung. Der Online-Dienst aktualisiert in einem nächsten Schritt mithilfe eines Kartenlesegerätes oder Ihres Smartphones über die App „AusweisApp“ den Chip auf Ihrem Ausweisdokument. Ihre Daten werden an die Bundesdruckerei übermittelt, die Ihnen einen Aufkleber für Ihr Ausweisdokument übersendet.

4. Empfänger (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Intern

- Innerhalb des Ordnungsamtes erfolgt die Sachbearbeitung im Bereich Einwohnermeldeamt.

Extern

- Von der Stadt eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns Verarbeiten.

- Aufgrund der oben zitierten Rechtsgrundlagen übermittelt der Online-Dienst Ihre personenbezogenen Daten an die Wegzugsmeldebehörde und erhält den Meldeschein von dort. Im weiteren Verlauf des Online-Dienstes werden die Anmelde Daten an die Zuzugsmeldebehörde übermittelt. Der Online-Dienst sendet auf Grundlage der zu Beginn des Online-Dienstes eingeholten

Einwilligung im weiteren Verlauf eine Meldung an die zuständige Personalausweis-, Pass- bzw. eID-Karte-Behörde bei Aktualisierung ihrer Ausweisdokumente.

5. **Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)**

Es erfolgt keine Datenübermittlung an ein Drittland.

6. **Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)**

Die Daten werden in diesem Online-Dienst erhoben und für die oben beschriebenen Verfahrensschritte verwendet. Die Daten werden nach Abschluss des jeweiligen Verfahrensschrittes spätestens nach 90 Tage gelöscht. Nach Abschluss des Online-Dienstes (Aktualisierung des Ausweisdokumentes) werden Log-Files, die personenbezogene Daten enthalten, maximal für 180 Tage gespeichert und dann gelöscht.

7. **Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b DSGVO)**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. **Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DSGVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die Kontaktdaten sind:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Tel.: 06131 / 89200

E-Mail: [poststelle\(at\)datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle(at)datenschutz.rlp.de)